

Antrag

**der Abgeordneten Richard Seelmaecker, Dr. Anke Frieling, Stephan Gamm,
Sandro Kappe, Prof. Dr. Götz Wiese (CDU) und Fraktion**

Betr.: Hamburgs Taxiunternehmer stärken: E-Auto-Zwang für Taxiunternehmer stoppen!

Das Hamburger Taxigewerbe steht seit Jahren unter großem wirtschaftlichen Druck. Die Auswirkungen sind deutlich: Seit 2019 hat Hamburg gut 160 Taxiunternehmen mit etwa 500 Taxen verloren. Die Anzahl der Taxikonzessionen war 2022 auf einem historischen Tiefstand. Aktuell sind knapp 2.800 Taxen auf den Straßen der Hansestadt unterwegs – 2011 waren es knapp 3.500. Der rot-grüne Senat hat es in den letzten zwölf Jahren nicht geschafft, das Hamburger Taxigewerbe nachhaltig zu unterstützen. Dabei gilt es auch, die besondere Struktur des Taxigewerbes in Hamburg zu berücksichtigen: 86 Prozent der Taxen gehören Einwagenunternehmern (EWU), für die Investitionen, wie beispielsweise ein neues Fahrzeug, deutlich schwerer zu stemmen sind, als für Mehrwagenunternehmer (MWU). Empirisch wird dies unter anderem dadurch belegt, dass lediglich 33 Prozent der aktuell betriebenen E-Taxen in Hamburg von EWU unterhalten werden. Aktuelle Förderprogramme dienen also vor allem der Konsolidierung der MWU.

Ganz im Sinne grüner Verkehrsideologie soll die Anzahl der Fahrzeuge in Hamburg politisch gesteuert reduziert werden. Mit immer weiteren Zwangsmaßnahmen möchte Verkehrssenator Tjarks Hamburgs Verkehrsteilnehmer umerziehen. Der neueste Streich trifft unsere Taxiunternehmer (und insbesondere EWU) mit voller Härte: Ohne dass es notwendig wäre, sollen Taxifahrer ab dem 1. Januar 2025 gezwungen werden, in Hamburg nur dann noch ihrem Beruf nachgehen können, wenn sie keine Benzin- oder Dieselmotoren mehr haben. Damit geht Hamburg einen über das Bundes- und das EU-Recht hinausgehenden Sonderweg.

Gegen diesen überhasteten und unausgegorenen Plan des Senats hat sich schnell Widerstand bei Hamburgs Taxifahrern geregt: Binnen einer Woche haben bereits 215 EWU bei einer Unterschriftenaktion ihren Unmut über die Pläne zum Ausdruck gebracht. Ohne Notwendigkeit und ohne Rücksicht auf die Betroffenen wird hier erneut Politik gegen die Menschen in Hamburg gemacht. Senator Tjarks und Bürgermeister Tschentscher beweisen auch an dieser Stelle eindrucksvoll, dass Verbote und Zwang die ihnen geeignet erscheinenden Mittel der Politik sind. Erneut werden in Hamburg die berechtigten Interessen von (Klein-)Unternehmern beiseite gewischt. Weder ist dieser Zwang notwendig, noch hilft er inhaltlich weiter. Ein weiterer Beleg für Symbol- statt evidenzbasierter Verkehrspolitik.

Sehenden Auges steuert der Senat in die Katastrophe, denn Mindestvoraussetzung für Einwagenunternehmer wäre eine suffiziente (Schnell-)Ladeinfrastruktur, wenn sie denn schon gezwungen werden sollen, Elektrofahrzeuge schon ab 2025 anzuschaffen. Daran fehlt es.

Zum 1. November 2022 gab es in Hamburg lediglich 1.891 öffentlich zugängliche Ladepunkte, davon 259 Schnellladepunkte. Doch nicht alle hiervon sind verfügbar – im Jahr 2022 waren 215 Ladesäulen zeitweise defekt. 2021 waren ganze 50 Prozent der Schnelllader in Hamburg nicht vollumfänglich verfügbar (siehe Drs. 22/6204). Seit Januar 2023 steht außerdem fest, dass der Großteil von Hamburgs Schnellladestatio-

nen nicht gesetzeskonform ist, da sie nicht dem Eichrecht entsprechen. Und auch beim so wichtigen Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur hapert es gewaltig. 2022 wurden lediglich zehn Schnelllader in Hamburg errichtet. Wie so häufig kündigt der Senat blumig an, leistet aber nicht. Selbst wenn es gelänge, bis 2025 in Hamburg 2.000 funktionsfähige Ladepunkte zu etablieren, reichte dies für die Taxiunternehmen nicht aus. Selbst die im Besitz eines öffentlichen Trägers befindlichen Immobilien weisen praktisch keine Ladepunkte auf. Genau genommen weisen nur 0,1 Prozent dieser Immobilien Lademöglichkeiten auf! Auch ein belastbares Netz an Wasserstofftankstellen ist aktuell ein reines Fantasieprodukt des Verkehrssenators.

Kurzum: Die aktuell vorhandene und der geplante Ausbau der Ladeinfrastruktur in Hamburg sind völlig unzureichend, um diesen gravierenden Einschnitt in die Mobilitätskultur und das Berufsrecht von Hamburgs Taxifahrern zu rechtfertigen.

Als CDU-Bürgerschaftsfraktion stellen wir uns dem ideologischen Zwang und den Verboten entgegen. Wir fordern von dem Senat, Mobilität technologieoffen, ideologiefrei und unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Betroffenen zu gewährleisten!

Vor diesem Hintergrund beantragt die CDU-Fraktion, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. das geplante Verbot von Neuzulassungen von Taxen mit Benzin- oder Dieselmotoren ab 2025 aufzuheben;
2. zur Ankurbelung des Taxigewerbes ein Förderprogramm für die Anschaffung besonders umweltfreundlicher Fahrzeuge aufzulegen;
3. bis 2025 mindestens 3.000 Ladepunkte zu schaffen und zu diesem Zweck in Hamburg Pilotprojekte mit innovativen Ladesystemen durchzuführen, die auch für das bidirektionale Laden vorbereitet sind;
4. der Bürgerschaft bis zum 31.07.2023 zu berichten.